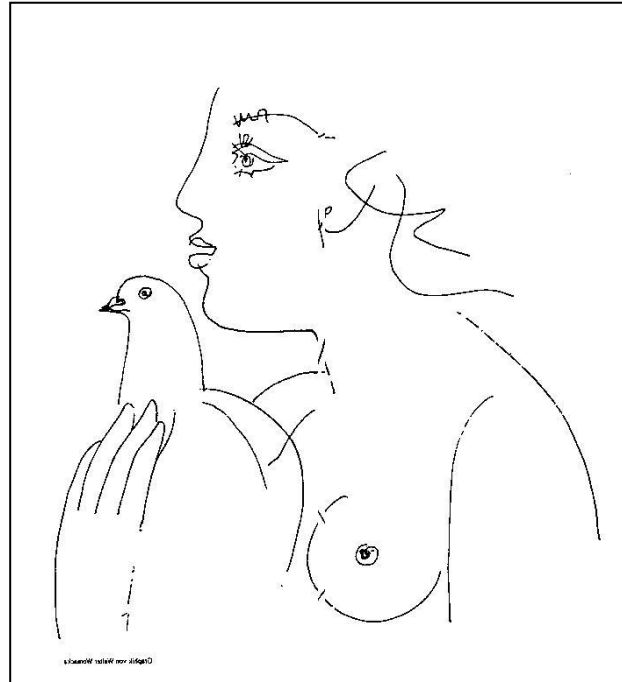


Nr. 212



**Venezuela**  
**im Kampf um seine Souveränität**  
ausgewählte  
Dokumenten und Informationen  
zu den  
permanenten Einmischungsversuchen der USA

Quelle: RT Deutsch

2015

## Können die USA es nicht lassen? Erneuter Putschversuch in Venezuela aufgedeckt



13.02.2015

Quelle: Gobernación de Aragua

Der Präsident von Venezuela, Nicolás Maduro, hat die Vereitelung eines Putschversuches gegen seine Regierung bekanntgegeben. *Der damalige* Parlamentspräsident Diosdado Cabello präsentierte umfassendes Beweismaterial, inklusive Waffenarsenale und Dokumente über "taktische Bombardierungsziele" des Putsches, wie den Regierungssitz, das Verteidigungsministerium und den Fernsehsender Telesur. Er betonte darüber hinaus, dass die laufenden Untersuchungen eine "Implikation der USA" in den Umsturzplänen belegen.

Laut Maduro hatten Luftwaffen-Offiziere geplant mit einem EMB-32-Tucano-Flugzeug der Luftwaffe unter anderem den Regierungssitz Miraflores-Palast im Zentrum von Caracas ebenso zu bombardieren, wie das Verteidigungsministerium und den lateinamerikanischen Fernsehsender Telesur.

Anschließend sollte der Brigadegeneral Oswaldo Hernández Sánchez, in einem Video verkünden, die Streitkräfte hätten sich gegen Präsident Maduro erhoben. Dieses sollte über internationale Nachrichtenagenturen wie Reuters und AP schneller verbreitet werden. Hernández Sánchez war bereits 2014 wegen Verstrickungen in angebliche Putschpläne vorübergehend in Haft genommen worden.

Der *damalige* Parlamentspräsident Diosdado Cabello präsentiert an diesem Tag in seiner wöchentlichen TV-Sendung "Con El Mazo Dando" im staatlichen Sender VTV [Beweise](#) in Form von Bildmaterial von Hausdurchsuchungen. Darunter Computer mit belastendem Material, Mobiltelefone, Waffen und Kartenmaterial über "taktische Ziele".



Quelle: Telesur

Die Finanzierungsquellen des Putsches sollen vor allem aus den USA (Miami) gekommen sein. Zudem soll die US-Botschaft in Caracas einigen Beteiligten Visen bereitgestellt haben, für den Fall, dass der Umsturzversuch scheitern sollte.

Aufgedeckt wurde den Plan, laut dem Onlineportal [Ameriak21](#), durch Informationen, die Jung-Offiziere an den staatlichen Aufklärungsdienst weitergegeben hatten. Maduro bedankte sich explizit dafür bei seiner Fernsehansprache mit den Worten:

*"Ich möchte diesen jungen Offizieren und den Nachrichtendiensten danken, weil wir diesen Putschversuch gegen unser Land nachverfolgen und verhindern konnten."*

2016

## **„Venezuelas Rechte will den Weg des Staatsstreichs beschreiten, der im Obama-Dekret verbrieft ist“ 10.03.2016**

Die wichtigste Koalition der venezolanischen Opposition, Mesa de la Unidad Democrática (MUD), hat einen Plan veröffentlicht, der den Rücktritt von Staatchef Nicolás Maduro ermöglichen soll. Zu diesem Zweck wird eine Delegation der Opposition "zu Beratungen" nach Washington reisen. US-Präsident Obama hatte im März 2015 ein Dekret gegen Venezuela erlassen, in welchem das karibische Land als „außergewöhnliche“ Bedrohung für die US-Sicherheit" bezeichnet und mit Sanktionen belegt wurde.

Die Maßnahmen, die im Dokument mit dem Titel „Hoja de Ruta 2016“ (auf Deutsch „Roadmap 2016“) vorgeschlagen werden, umfassen die Einberufung eines Nein-Referendums für Mitte des Jahres, Abänderungen in der Verfassung, die die Amtsdauer des Präsidenten kürzen sollen, und massenhafte friedliche Proteste.

Die venezolanische Führung erklärt ihrerseits, dass die Opposition auf einen Staatsstreich hinarbeite, und dass hinter diesem Plan die Vereinigten Staaten steckten, die die konservativen Kräfte auf dem Kontinent wieder an die Macht bringen möchten

Indes hat eine parlamentarische Delegation der Opposition eine Tournee durch verschiedene lateinamerikanische Länder mit dem Appell gestartet, Caracas zur demokratischen Ordnung zu zwingen, weil die Menschenrechte im Land verletzt würden. Gleichzeitig hat der Generalsekretär der MUD angekündigt, in der kommenden Woche nach Washington zu reisen.

Der Analyst und Journalist Juan Manuel Karg meint, dass diese Reise nun die extreme Unterwürfigkeit "der Verleumder von

Nicolás Maduro" gegenüber dem Weißen Haus vor Augen führt:

„Die Tatsache, dass der Sekretär der Mesa de la Unidad Democrática [Jesús "Chúo" Torrealba] nun nach Washington reisen will, um sich über den Rücktritt von Nicolás Maduro beraten zu lassen, beweist meines Erachtens die extreme Unterwürfigkeit, die der Großteil der venezolanischen Opposition (damit meine ich vor allem die MUD und ihre extrem rechten Kräfte) gegenüber Washington an den Tag legt.“

Nach der Meinung des Journalisten zeuge die „Beratungsreise“, um sich die Meinung Washingtons einzuholen, davon, dass die Gegner von Maduro eine Opposition bildeten, die zu einem großen Teil offenbar aus dem Ausland geleitet werde.

Man stelle sich diese Situation als Gedankenspiel unter umgekehrten politischen Vorzeichen in einem deutschen Kontext vor. Eine Delegation von Abgeordneten der Linkspartei unter Leitung von Dietmar Bartsch begibt sich auf eine "Beratungsreise" nach Moskau, um dort mit Vertretern von Think Tanks und Kreml-Regierung ganz offen zu besprechen, mit welchen Mitteln man am besten Bundeskanzlerin Angela Merkel ihres Amtes entheben könnte.

**„Das ist eine Roadmap für den Staatstreich, das im Dekret von Obama verbrieft ist.“**

„Das von der MUD vorgeschlagene Dokument ist eine Art Ergänzung zum Dekret des US-Präsidenten Barack Obama, in welchem Venezuela als eine „außergewöhnliche“ Bedrohung für die US-Sicherheit bezeichnet werde, zitiert der Sender „TeleSUR“ den Gouverneur der Region Aragua und hochrangige Mitglied der PSUV („Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas“), Tareck El Aissami. Dieser führt weiter aus:

„Die MUD ist nur der Vollstrecker, der es erfolglos versuchen wird, in Venezuela die Sanktionen von Obama in Kraft zu setzen. Die Agenda der rechten Kräfte ist die Gewalt [...]. Die

Rechte hat eine Roadmap für den Staatsstreich veröffentlicht, der im Dekret von Obama verbrieft ist.“

Am 3. März hatte der US-Staatschef Barack Obama einen Erlass herausgegeben, der den im Jahr 2015 über Venezuela ausgerufenen „nationalen Notstand“ um ein Jahr verlängert, weil es keine Besserungen in der Achtung der Menschenrechte gebe. Als Reaktion darauf kündigte die venezolanische Außenministerin an, dass Caracas seine Beziehungen zu Washington komplett revidieren werde, während der Verteidigungsminister die Entscheidung der USA, die gegen venezolanische Bürger gerichtet sei, als „absurd“ bezeichnete.

### **Ist die Annahme der Änderung verfassungskonform?**

Einer der im Plan der Opposition vorgesehenen Schlüsselpunkte ist die Annahme einer Verfassungsänderung, die eine Neuwahl des Präsidenten in diesem Jahr möglich machen soll. Einige Experten behaupten, dass diese Maßnahmen illegal seien.

„Der jetzige Präsident Venezuelas ist verfassungskonform gewählt worden, und darauf beruht seine Legitimität. Man darf nicht die Abänderung in der Verfassung dazu nutzen, um seinen politischen Rivalen aus dem Amt zu verdrängen“, zitiert „TeleSUR“ den Anwalt Enrique Tineo. „Der Vorschlag ist verfassungswidrig, weil er ausgerechnet auf der ihm zu Grunde liegenden Absicht beruht. Es geht um eine Verschleierung der verfassungswidrigen Abänderung“, so Tineo.

### **„Das politische Tun der Opposition ist gefährlich“**

Der Politikwissenschaftler Homero Monsalve warnt seinerseits vor der möglichen Gefahr dieser Maßnahme für die Zukunft. „Die Verfassung abzuändern, um dieses Ziel zu erreichen, wäre ein negativer Präzedenzfall, weil eine politische Gruppe, die über die Mehrheit verfügt, dann immer zu einer Verfassungsänderung greifen würde, was eine Instabilität schaffen würde“, so Monsalve. Gleichzeitig betont er, dass es unüberlegt sei, die Verfassung abzuändern, um etwas zu erzielen, was die Verfassung schon ohnehin vorsieht – und zwar die Möglichkeit, die

Entscheidung über die Fortsetzung eines Mandats im Allgemeinen und des Präsidentenmandats im Einzelnen dem Volk zu überlassen. Tineo findet das politische Tun von Ramos Allup und anderen oppositionellen Parlamentariern „gefährlich“, weil sie „die Verfassung als Instrument für eine politische Aktivität eines Teils der Bevölkerung nutzen“ möchten, zumal die Opposition nicht das Volk im Ganzen, sondern nur einen Teil der Bevölkerung repräsentiere.

Update: Der venezolanische Präsident hat aus Protest gegen die Verlängerung der Sanktionen sowie die offene Zusammenarbeit mit der Opposition den Botschafter des Landes, Maximiliano Arbelaez, aus den USA abgezogen. Er erläuterte sein Vorgehen mit den Worten:

*„Ich habe die Entscheidung getroffen, den venezolanischen Botschafter Maximiliano Arbelaez nach 17 Monaten aus Washington nach Caracas zurückzubeordern. Schluss mit der Arroganz, den doppelten Standards und Intrigen. Wenn sie [die USA] mit uns nichts zu tun haben wollen, wozu dann dort einen Botschafter haben?“*

**2017**

**"Mike, die Russen sind da!": CIA-Chef Pompeo stuft Venezuela als Risiko ein**



14.08.2017

CIA-Direktor Mike Pompeo hat ein Interview zu den Aussagen von Donald Trump über die US-Militärintervention in Venezuela gegeben. Darin behauptet Pompeo, dass neben dem Iran, der Hisbollah, Kuba nun auch Russland in Venezuela aktiv sei.

Die größte Militärmacht der Welt scheint sich vor ziemlich vielen Ländern zu ängstigen. Mike Pompeo, der Direktor der CIA, war am Sonntag auf Fox News zu sehen. Dort kommentierte er Aussagen von Donald Trump vom Freitag, in denen der US-Präsident über "eine mögliche militärische Option" für Venezuela gesprochen hatte.

Der CIA-Chef sagte, er glaube, dass Trumps Kommentare ein Versuch waren,

"dem venezolanischen Volk die Hoffnung und die Chance zu geben, eine Situation zu schaffen, in der die Demokratie wiederhergestellt werden kann".

Pompeo erklärte, dass sich die Situation in Venezuela immer weiter verschlechtere, weil Präsident Maduro versucht, immer mehr Macht geltend zu machen. Das füge den Menschen in Venezuela immer mehr Schmerzen zu und führe zur Spaltung verschiedener Gruppen.

"Die Geheimdienste machten deutlich, dass das Maduro-Regime weiterhin Scharfschützen in Hochhäuser platziert", sagte Pompeo mit einem Lachen und fuhr fort: "Und Dinge macht, die schrecklich und repressiv sind. Die US-amerikanische Politik ist es, mit unseren lateinamerikanischen Partnern zusammenzuarbeiten, um die Demokratie wiederherzustellen."

Auf die Frage, warum Venezuela das Problem der USA sei, antwortete der Geheimdienstler:

„Venezuela könnte sehr schnell zu einer Gefahr für die Vereinigten Staaten von Amerika werden. Die Kubaner sind da, die Russen sind da, die Iraner, die Hisbollah sind da. Dadurch existiert das Risiko, dass das Land zu einem sehr, sehr schlechten Ort werden kann. Also müssen die USA das sehr ernst nehmen."



Während eines [Vortrags](#) im Aspen Security Forum im Juli ließ Pompeo durchblicken, dass die CIA an einem Regimewechsel in Venezuela arbeitet.

„Die USA haben ein tiefes Interesse daran, sicherzustellen, dass es stabil ist, so demokratisch wie möglich. Und so arbeiten wir hart daran, das zu tun. Ich bin immer vorsichtig, wenn die Rede von Süd- und Mittelamerika und der CIA ist, da gibt es viele Geschichten zu“, sagte er zum lachenden Publikum.

Doch das war bei Weitem kein Witz, denn die US-Geheimdienste waren seit den 1950er Jahren maßgeblich daran beteiligt, Regimewechsel und [Staatsstreiche](#) quer durch ganz Lateinamerika durchzuführen. In der Folge kontrollierten bis Mitte der 1980er Jahre fast durchgängig US-freundliche Diktatoren und Militärregierungen den südamerikanischen Kontinent.

„Wir sind sehr hoffnungsvoll, dass es einen Übergang in Venezuela geben kann und wir von der CIA tun unser Bestes, um die Dynamik dort zu verstehen, damit wir uns mit unserem Außenministerium und anderen Stellen verständigen können“, fügte er hinzu.“

Die USA verhängten in diesem Monat als Reaktion auf die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung Sanktionen gegen acht venezolanische Amtsträger, darunter auch Präsident Nicolas Maduro. Die Versammlung soll eine neue Verfassung ausarbeiten, die die USA bereits jetzt als illegitim bezeichnen. Die US-Regierung sieht darin ein Anzeichen für "autoritäre Bestrebungen in Venezuela".

„Diese Entwicklung werde man nicht hinnehmen“, das beteuerte am Sonntag auch der US-Vizepräsident Mike Pence während eines Besuchs in Kolumbien.

„Wir werden nicht akzeptieren, dass eine Diktatur in der Hemisphäre entsteht. Unser Kontinent hat etwas Besseres verdient“, zitiert ihn die dpa.

## Venezuela-Krise: Trump droht mit Krieg



12.08.2017

Quelle: [www.globallookpress.com](http://www.globallookpress.com) © ZUMAPRESS.com/Zach Gibson

Erst Nordkorea, nun Venezuela. US-Präsident Trump löst mit nicht näher ausgeführten, Drohgebärden viel Unruhe im Hinterhof aus. Venezuelas Staatschef Maduro will Trump anrufen - der lehnt ab.

US-Präsident Donald Trump schließt angesichts der Umwälzungen in Venezuela überraschend auch eine militärische Option nicht aus. Trump sagte am Freitag in seinem Urlaubsdomizil in Bedminster (New Jersey) angesprochen auf das Thema: "Wir haben viele Optionen für Venezuela, einschließlich einer militärischen, falls nötig." Es war nicht unmittelbar klar, was Trump damit meinte. Seine Äußerung fiel ohne Erläuterung oder Zusammenhang.

Trump nannte die Lage im Land mit der größten Ölreserven der Welt ein "Chaos, ein sehr gefährliches Chaos und eine traurige Situation."

Venezuelas Verteidigungsminister Vladimir Padrino sagte zu Trumps Worten:

*„Das ist ein verrückter Akt, ein Akt des Extremismus.“ In erster Reihe werde er die Souveränität Venezuelas verteidigen.*

In sozialen Medien in Südamerika wurden die Worte Trumps heiß diskutiert und kritisiert.

Maduro hatte zuvor angekündigt, mit Trump reden zu wollen.

*„Sind Sie nicht daran interessiert, mit Venezuela zu reden? Hier bin ich“, hatte Maduro am Donnerstag bei einer Rede vor der umstrittenen Verfassungsgebenden Versammlung gesagt.*

Am Freitag beantragte er tatsächlich ein Telefonat mit Trump.

Wie das Weiße Haus mitteilte, sei das aber abgelehnt worden.

„Präsident Trump wird gerne mit dem Führer Venezuelas sprechen, sobald die Demokratie in diesem Land wiederhergestellt ist“, hieß es in der Erklärung.

Die USA verlangten eine Achtung der Verfassung, freie und faire Wahlen, die Freilassung politischer Gefangener und ein Ende der Repression gegen das Volk. Oft gewaltbereite Oppositionelle und einige westliche Regierungen werfen Maduro den Umbau zu einer Diktatur vorgeworfen. Bei Protesten von radikalen Regierungsgegnern starben über 120 Menschen.

Trotz aller Differenzen sind die USA der wichtigste Abnehmer von venezolanischem Erdöl, ohne die Exporte in die USA droht die Staatspleite. Nach dem derzeitigen Ölpreis importieren die USA für rund zehn Milliarden Dollar im Jahr Öl aus dem Land.

Maduro hatte zunächst auf bessere Beziehungen mit Trump als unter Vorgänger Barack Obama gesetzt. Der Ölkonzern Citgo, der dem venezolanischen Staatskonzern PDVSA gehört, spendete der Deutschen Presse-Agentur zufolge sogar 500.000 Dollar für die Vereidigungsfeier Trumps am Washingtoner Capitol.

Aber seither verschlechterten sich die Beziehungen. Trump ergriff öffentlich Partei für den zu einer langen Haftstrafe verurteilten Oppositionsführer Leopoldo López und empfing demonstrativ dessen Frau Lilian Tintori im Weißen Haus. Venezuelas Vizepräsident Tareck El Aissami wurden mit Finanzsanktionen belegt - ihm wurde öffentlich die Verwicklung in Kokainhandel im großen Stil vorgeworfen, obwohl hierfür keine Beweise vorliegen. US-Außenminister Rex Tillerson hatte zuletzt wiederholt betont, keine Option in Bezug auf Venezuela sei ausgeschlossen, da ging es aber eher um die Frage nach einem Importstopp für Öl aus Venezuela. Gegen

mittlerweile über 20 Personen der Führungselite wurden Sanktionen verhängt, auch gegen Maduro. Mögliche Vermögen und Konten, auf die US-Behörden Zugriff haben, werden eingefroren, US-Bürgern sind Geschäfte mit den auf den Listen stehenden Personen verboten.

Seit der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, die die Stellung der fortschrittlichen Kräfte zementieren könnte, hat sich die Lage verschärft. Oppositionelle, die fürchten, marginalisiert zu werden, radikalisieren sich immer weiter. Zuletzt griffen sie sogar zu bewaffneten Aktionen. Inzwischen ist es kaum mehr möglich, zwischen moderaten Oppositionellen und radikalen Rebellen zu trennen.

Die USA kritisieren die Verfassungsversammlung und mobilisieren alle ihre Kräfte, um die pro-US-amerikanische Opposition zu stärken. Viele lateinamerikanische Staaten im Orbit der USA folgten das Beispiel Washingtons.

Die Vereinigten Staaten haben sich in den vergangenen Jahrzehnten viele Male in die inneren Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder eingemischt. Oft orchestrierte Washington Militärputsche oder intervenierte direkt, wie im Jahr 1989 in Panama, um seine politischen Interessen durchzusetzen. In Venezuela hatte sich die US-Regierung zuletzt an einem Putschversuch im Jahr 2002 beteiligt. Diesen konnten die loyalen, fortschrittlichen Kräfte jedoch schnell niederschlagen. Unter Experten wird derzeit diskutiert, ob die USA wieder einen ähnlichen Weg eingeschlagen sind.

\*\*\*

**Nach Trumps Drohung mit Intervention: Maduro ruft zu "antiimperialistischem" Militärmanöver auf**



15.08.2017

Quelle: Reuters Soldaten der Nationalen Bolivarischen Streitkräfte; August 2017.

Unterstützer des venezolanischen Präsidenten haben eine Großkundgebung in der Hauptstadt Caracas abgehalten. Sie verurteilten Andeutungen des US-Präsidenten, militärisch in dem Land intervenieren zu wollen. Maduro kündigte für nächste Woche Militärübungen an.

Ziel der Manöver sei es, mögliche "imperialistische" Angriffe abzuwehren.

*„Ich habe den Generalstabschefs der Streitkräfte befohlen, Vorbereitungen in Gang zu setzen für eine nationale zivil-militärische Übung zur integrierten nationalen Verteidigung der venezolanischen Nation“, sagte der Präsident des lateinamerikanischen Landes, Nicolás Maduro, gegenüber Pressevertretern.*

Die Übungen sollen Ende August stattfinden. Jedermann müsse dem Verteidigungsplan beitreten, so Maduro. Derweil demonstrierten Tausende in Caracas gegen Trumps Drohung mit einer "militärischen Option" bezüglich der Krise im Land.

**Pence: Werden Venezuela nicht "in Diktatur versinken lassen"**

Am Freitag hatte US-Präsident Donald Trump Maduro einen "Diktator" genannt und diesen für die seit Monaten andauernden Unruhen im Land verantwortlich gemacht. Die US-Regierung schließe eine militärische Lösung der Krise nicht aus, so Trump.

Während der Kundgebung erklärte der Offizier Nelson Rafael Pineda:

*„Wir werden unser Land verteidigen, sollte das amerikanische Reich den heiligen Boden von Bolivar und Chavez betreten wollen. Wir sind hier, bereit zu kämpfen, bereit, falls nötig, [unser Land] mit dem Blut unserer Patrioten zu verteidigen.“*

Während das US-Verteidigungsministerium am Montag erklärte, dass es keine Militäroperationen in Venezuela vorbereitet, warnte der US-Vizepräsident Mike Pence, dass die Vereinigten Staaten nicht zusehen würden, wie der südamerikanische Staat in einer "Diktatur" versinkt. Ein gescheiterter Staat in Venezuela würde die Sicherheit und den Wohlstand in unserer ganzen Hemisphäre und das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika bedrohen", erklärte Pence gegenüber Journalisten in Kolumbien.

### **Weitere Wirtschaftssanktionen möglich**

Bevor jedoch die USA eine Militärintervention einleiten, plane Washington, mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen die venezolanische Regierung vorzugehen.

*„Wir sind absolut entschlossen, die volle Macht der amerikanischen wirtschaftlichen und diplomatischen Macht einzusetzen, bis die Demokratie in Venezuela wiederhergestellt ist“, fügte Pence Reuters zufolge hinzu.*

Seit April finden in Venezuela regelmäßig gewalttätige Demonstrationen statt. Diesen sind bislang bereits mehr als 120 Menschen zum Opfer gefallen. Im Juli setzte Washington mehrere führende venezolanische Beamte auf eine Schwarze Liste, einschließlich des Präsidenten Maduro selbst. Sofern die Betroffenen Vermögen in den Vereinigten Staaten besitzen, wurde dieses eingefroren. Zudem untersagten die US-Behörden ihren eigenen Bürger, mit den Adressaten der Sanktionen Geschäfte abzuschließen.

## Venezuela rügt Berlin: "Kein Recht, sich in innere Angelegenheiten einzumischen"

17.08.2017

Nach Äußerungen von Regierungssprecher Steffen Seibert wirft Caracas der Bundesregierung vor, sich in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einzumischen. Dem deutschen Botschafter in Venezuela wurde eine entsprechende Protestnote überreicht.

Angesichts der Krisenlage in Venezuela warnt die Führung von Staatschef Nicolás Maduro die Bundesregierung mit scharfen Worten vor Einmischung. Der deutsche Botschafter Stefan Andreas Herzberg wurde zu Außenminister Jorge Arreaza zitiert und bekam eine Protestnote überreicht, nachdem sich Regierungssprecher Steffen Seibert kritisch zur Situation in dem zerrütteten Staat geäußert hatte.

*„Weder Deutschland noch ein anderes Land der Welt hat das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einzumischen“, sagte Arreza.*

Er bezog sich dabei auf Äußerungen von Seibert in der Regierungspressekonferenz am Montag. "Wir wollen und brauchen eine friedliche Rückkehr zur demokratischen Ordnung" in Venezuela, hatte der Sprecher von Kanzlerin Angela Merkel betont. Es müsse Schluss sein mit "willkürlichen Verhaftungen und exzessiver Gewalt gegen Regierungsgegner".

Seibert sprach von einer faktischen Entmachtung des Parlaments und forderte Schutzgarantien für die abgesetzte Generalstaatsanwältin Luisa Ortega, die Maduro den Umbau des Staates zu einer Diktatur vorgeworfen hatte. Die [Gewalttaten](#) der Opposition kritisierte er nicht.

Wenige Stunden nach Überreichen der Protestnote durchsuchte der Geheimdienst die Wohnung von Luisa Ortega und beschlagnahmte unter anderem Computer. Ihrem Ehemann, dem Abgeordneten Germán Ferrer, wirft der neue Generalstaatsan-

walt William Saab vor, an der Spitze eines Korruptionsnetzwerks zu stehen und Geld auf Konten im Ausland geparkt zu haben. Die Strafverfolgungsbehörde beantragte die Aufhebung von Ferrers Immunität. "Das ist eine Rache dieser Regierung, weil wir gegen den Totalitarismus kämpfen, der in Venezuela herrscht", erklärte Ortega auf Twitter. Die 59-Jährige darf das Land vorerst nicht verlassen.

### **Oppositionsdominiertes Parlament kurzerhand durch neues Gremium ersetzt?**

Am 30. Juli war die Bevölkerung aufgerufen, eine neue Verfassungsgebende Versammlung zu wählen, die bereits eine Woche später [ihre Arbeit](#) aufnahm. Sie soll nun eine neue Verfassung ausarbeiten. Die Opposition kritisiert, dass dadurch die Vollmachten des Parlaments, in dem sie über eine Mehrheit verfügt, unterlaufen werden. Dutzende Staaten erkennen das Gremium nicht an. Die US-Regierung [bezeichnet](#) Maduro inzwischen offen als Diktator. Gespräche mit dem venezolanischen Präsidenten lehnt sie ab.

US-Präsident Donald Trump hatte vergangene Woche eine militärische Intervention in dem südamerikanischen Land als mögliche Option bezeichnet. In Lateinamerika kam diese Kriegsdrohung nicht gut an. Selbst US-Verbündete wie Kolumbien [distanzierten](#) sich deutlich von Trumps Äußerung.

(rt deutsch/dpa)

#### **Weitere Beiträge zu Venezuela auf RT Deutsch**

- Venezolanische Opposition droht die Regierung zu stürzen
- Venezuela nach Wahlsieg der Opposition: Plötzlich ausreichend Produkte in Supermärkten
- Über 1,5 Millionen Opfer des Terrors - Staatsstriche und Militärinterventionen nach 1945 in Lateinamerika
- Venezuela: Neues Kapitel beim Regime-Change-Versuch
- Venezuela: Ein manipulierter Wahlgang und die Doppelmoral des Westens